

# DER „EXEMPLARISCHE FALL“ BENSE

# PODIUM

## UND DIE HOCHSCHULPOLITIK DES „RHEINISCHEN MERKUR“

Mit einem längeren Artikel „Was soll Hochschulpolitik?“ ließ der „Rheinische Merkur“, das führende Organ der tonangebenden klerikal-militaristischen Kreise Westdeutschlands, bekannt für seine scharf-mäckerische Politik im Dienste der reaktionären Kräfte, kürzlich in Nr. 6/1961 die Katze aus dem Sack. „Ein exemplarischer Fall aus der Praxis“ heißt es in der Unterzeile des Pamphlets. Interessanterweise wird dieser „Fall“ ohne Namensnennung abgehandelt, wohl weniger aus Rücksichtnahme auf die Person, einen angesehenen westdeutschen Hochschullehrer, als vielmehr, um damit alle oppositionellen Kräfte gleichermaßen zu treffen. Der Verfasser macht den Versuch, die Freiheitsbetuerungen des Bonner Grundgesetzes mit einer an die Zeiten der finsternen Inquisition erinnernden Hochschulpolitik in Einklang zu bringen. Dazu bedarf es natürlich bester Hochschullehrer.

### RECHTFERTIGUNG DER INQUISITION

„Hochschulpolitik kann sich nicht darin erschöpfen, dem Wissenschaftler volle Freiheit, auch die Scheinfreiheit der Anarchie zu gewährleisten. . . Weil sie die rechnerische, auf das Ganze bezogene Freiheit schützt (durch Unterdrückung jedes selbständigen wissenschaftlichen Geisteslebens und Terror gegenüber allen Andersdenkenden - Red. UZ) kann ihr nicht der Vorwurf gemacht werden, sie behindere die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Wissenschaft und Forschung.“

Das ist die Logik des „Rheinischen Merkur“: Der Bonner Staat ist ein Teil der noch so freien westlichen Hemisphäre. Unterdrückung, Terror, Inquisition sind gerechtfertigt, wenn sie dazu dienen, dem Bonner „Freiheitsstaat“ aufrechtzuerhalten.

Der exemplarische Fall, auf den sich der „Rheinische Merkur“ dabei

Senatsantrages durch das Kultusministerium.

### DRUCK ERZEUGT GEGENDRUCK

Es lief jedoch nicht alles wie erwartet. Nicht eingeplante Mißfallenskundgebungen weit über den Rahmen der Stadt Stuttgart hinaus warfen die Pläne der Initiatoren über den Haufen. Der zweite Akt der gefährlichen Komödie fand vor einem anderen Forum statt, als Autenrieth und seine Hintermänner in den Parteibüros der CDU es sich wünsch-

Hochschulpolitik kann sich nicht darin erschöpfen, dem Wissenschaftler volle Freiheit, auch die Scheinfreiheit der Anarchie zu gewährleisten.

Weil sie die recht verständene, auf das Ganze bezogene Freiheit schützt, kann ihr nicht der Vorwurf gemacht werden, sie behindere die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Wissenschaft und Forschung.

ten. Der Christdemokrat Autenrieth mußte sich einem vom ASIA der Stuttgarter TH organisierten Podiumsgespräch stellen, zu dem 700 Studenten und fast alle Professoren gekommen waren.

Bevor dieser zweite Akt abrollte, war es infolge des unvorhergesehenen Widerstandes schon zu einigen für die CDU unangenehmen Bühnenpannen gekommen. So hatte die sozialdemokratische Opposition im Landtag eine kleine Anfrage an das Kultusministerium eingebracht, was es mit dem Fall Bense auf sich habe. Der dadurch offensichtlich in Verwirrung geratene Kultusminister Starz, einer der Regisseure des Theaters, verließ gleich zwei schriftliche Antworten an die SPD-Landtagsfraktion. In der ersten heißt es kurz und bündig: „Ministerialdirektor Dr. Autenrieth hat die Darlegungen, auf welche sich die kleine Anfrage bezieht, als Privatmann in einem geschlossenen Kreis gemacht. Sinn und

ganze System von Verboten, Maßregelungen und Behinderungen, mit dem gegen oppositionelle Studentenzeitschriften vorgegangen wird. Immer wieder wurde Autenrieth ausgesetzt. Mit tosendem Beifall wurde die Erklärung eines Studenten bedacht: „Wir verwahren uns gegen das Kesseltreiben gegen einen Professor, wir wollen uns unsere Leitbilder selber erarbeiten, wir wünschen den Zugang von allen Arten von Denkvermögen.“

Durch einen Tritt vor das Schienbein, wie man sich ihn nicht gemeiner vorstellen kann, versuchte der CDU- und kirchengebundene Hauptakteur der Reaktion, den angesehenen und beliebten Professor Bense endgültig von der Bühne zu befördern. Dreist und gottesfürchtig log er, nicht nur die Religionsfeindlichkeit, sondern vor allem die „Niveaulosigkeit“ und mangelnde wissenschaftliche Qualifikation seien der Grund gewesen, die Ernennung Professor Benses zum Ordinarius abzulehnen.

Aber auch dadurch war der zweite Akt der Tragikomödie nicht für die CDU zu retten. Professoren und Studenten verwahrten sich gegen die Anwürfe und der Protektor Prof. Senger bekräftigte nachdrücklich den einstimmig gefaßten Beschluß des Senats der TH unter brausendem Beifall der Versammlung.

CDU VERLANGT SCHÄRFER DURCHZUGREIFEN

Scharfmäckerisch schrieb der „Rheinische Merkur“ nach dieser CDU-Niederlage im zweiten Akt: „Obwohl die Meinung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit einhellig ist, die CDU-Landtagsfraktion beschlossen ist, den Kampf aufzunehmen, wagt der CDU-Kultusminister nicht, politisch Stellung zu nehmen.“

Hinter diesen Äußerungen stehen Kreise, die sich für den Kampf gegen „gewisse Erscheinungen in deutschen Hochschulen“ - darunter ist nicht nur der „Fall Bense“ zu verstehen, sondern auch die sich immer mehr verbreitende Anti-Atombewegung, die Kritik an der verständnisfeindlichen und in Hinsicht auf die Wiedererzeugung konzeptionslosen Adenauer-Politik, die Proteste gegen Unterdrückung freien geistigen Lebens und die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Stand des westdeutschen Hochschullebens - einen hemdsärmeligeren Kultusminister wünschen. Das alles zeigt, wie die Bonner Machthaber der wachsenden Kritik an ihrer atomaren Ausrüstungspolitik Herr werden wollen: Durch die Abwürgung jeglichen selbständigen Geisteslebens, das mit dem Weltbild des politischen Klerikalismus nicht übereinstimmt, durch die Errichtung einer geistigen Zwangsherrschaft. Dabei vergessen sie immer wieder eines in Rechnung zu stellen - und das läßt auch der „Rheinische Merkur“ aus seinen hochschulpolitischen Erörterungen vollkommen heraus - die Reaktion der von dieser Zwangsherrschaft Betroffenen.

Helmut Rieck

Obwohl die Meinung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit einhellig ist, den Kampf aufzunehmen, wagt der CDU-Kultusminister nicht, politisch Stellung zu nehmen.

Wagt man es nicht mehr, sich politisch zu engagieren? Ist man schon wieder mit einem politischen Minimalismus zufrieden.

bezieht, beweist eindringlich, wie in der Praxis nach diesem Prinzip verfahren wird.

Wie das Adenauer-Blatt nicht erwähnt, handelt es sich bei dem angesehenen Hochschullehrer, gegen den die Hexenjagd organisiert wurde, um Professor Max Bense von der Technischen Hochschule Stuttgart. Der „Fall Bense“ entstand, als im vergangenen Jahr der Senat der TH, an der Professor Bense eine außerordentliche Professur für Philosophie und Wirtschaftsgeschichte innehat, seine Beförderung zum ordentlichen Professor beantragte. Der Hochschullehrer, der bis 1949 an der Jemenser Universität gelehrt hat und dann einem Ruf nach Stuttgart folgte, war und ist kein Vertreter der „dialektisch-materialistischen Weltanschauung, sondern vertritt einen sogenannten „existentiellen Rationalismus“, eine bürgerlich-philosophische Richtung mit atheistischem Charakter.

Das Badisch-Württembergische Kultusministerium lehnte nun den Antrag des Senats der TH mit der bescheidenden Begründung ab, Professor Bense sei „wegen seiner religionsfeindlichen Schriften“ bekannt und sein Lehrstuhl habe „heiliges Gefälle“. Damit aber gab man sich noch nicht zufrieden. In aller Öffentlichkeit sollte Professor Bense gebrandmarkt werden. Die klerikal-faschistischen Kreise hielten dieses Beispiel für durchaus geeignet, ein Exempel zu statuieren und dadurch die oppositionellen Kräfte an den Hochschulen und Universitäten Westdeutschlands verstärkt unter Druck zu setzen.

Der erste Akt ging vor dem CDU-Montagskreis, zu dem regelmäßig auch die Presse eingeladen wird, über die Bühne. Dort hielt der Leiter der Hochschulabteilung im Badisch-Württembergischen Kultusministerium, CDU-Mitglied und Vorsitzender des württembergischen evangelischen Landeskirchentages, ein gewisser Dr. Autenrieth, einen Vortrag zu dem Thema: „Was heißt Hochschulpolitik heute?“ und motivierte für die Interessierten aufhorchenden Pressevertreter die Ablehnung des

Universitätszeitung, 3. 1961, Seite 6

Diese Rubrik, die wir heute eröffnen, soll ein PODIUM FÜR DAS GESAMTDEUTSCHE GESPRÄCH sein - ebenso wie die gleichnamige Ausgabe der „Universitätszeitung“ für westdeutsche Wissenschaftler und Studenten, deren erste Nummer soeben erschienen ist.

Wir möchten, daß in diesen Spalten ein fruchtbarer Gedankenaustausch zwischen Wissenschaftlern und Studenten unserer Universität und westdeutschen Hochschulangehörigen zustande kommt. Wir beginnen mit einem Beitrag von Joachim Wessely, Assistent an der Juristenfakultät, der sich mit einem Artikel Klaus Horns in den „Marburger Blättern“ befaßt.

## Einsichten-Irrtümer-Illusionen

In den „Marburger Blättern“ hat Klaus Horn seine Auffassungen dargelegt, die für die Einladung unseres Volkskammerpräsidenten Dieckmann nach Marburg und für die Fortführung der Gespräche bestimmend sind. Es sind Überlegungen, die von einer ersten Sorge um die Zukunft Deutschlands getragen sind und deshalb von uns sachlich geprüft werden, so wie wir jeden anderen ethischen Vorschlag, jede Äußerung geprüft haben, die die Lösung der deutschen Frage auf friedlicher Grundlage zum Ziel hat. Die Sache selbst erfordert eine offenerherge Antwort.

Horn Position wird bestimmt durch die Anerkennung der „Existenz zweier im staatsrechtlichen Sinn perfekter Staaten auf deutschem Boden“ und der Forderung nach Abrüstung, „weil die Hochrüstung der Militärblöcke ein Haupthindernis auf dem Wege zur Beseitigung oder wenigstens Verminderung der Ost-West-Spannungen und damit auch auf dem Wege zur Deutschlandfrage“ ist. Horn erkennt klar, daß heute, angesichts der Existenz von Atomwaffen, „der Krieg - als letztes Mittel der Politik“ ausscheidet. Er zieht daraus die Schlussfolgerung: „Anerkennung der friedlichen Koexistenz.“ Gleichzeitig mit einer militärischen Entflechtung muß eine politische Entwicklung beginnen, die - wer wälte eine andere Möglichkeit? - letztlich in ein „friedliches Nebeneinander auslaufen muß. Allein das ist die Alternative zum absoluten Chaos des Atomkrieges. Es ist die höchste Zeit, daß jeder diese Schlage erkennt... Sie (die friedliche Koexistenz) ist eine Auseinandersetzung der beiden Systeme nach wie vor, aber ohne Waffengewalt. Sie ist eine geistige, kulturelle, wirtschaftliche Auseinandersetzung.“

Horn und seine Freunde erkennen, daß nur unter diesen Voraussetzungen die Deutschlandfrage gelöst werden kann. „Aus der Tatsache, daß eine sofortige Eingliederung eines der beiden Systeme in das andere (durch freie Wahlen etwa) aus naheliegenden Gründen nicht in Betracht gezogen werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit einer langsamen Entwicklung im Sinne einer friedlichen Koexistenz“, bei der im Einvernehmen mit den jeweiligen Verbündeten gewisse Spielregeln zwischen den beiden deutschen Regierungen vereinbart werden sollten... Daß die Schaffung solcher „normaler“ Beziehungen im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, braucht hier nicht besonders nachgewiesen zu werden.“

Horn ist bewußt für die „Durchbrechung der sowjetischen nicht mehr haltbaren Identitäts- und Anerkennungs- (der Bundesregierung, die damit ihre imperialistischen Machtgelüste juristisch rechtfertigen will), weil es „Meist ist, einen längst als Sackgasse erkannten Weg um des Prinzips willen weiterzugehen, damit die Voraussetzungen und Positionen für Verhandlungen zu verschlechtern... Es muß daher auch jeder Versuch, miteinander ins Gespräch zu kommen - denken wir nur an das Gespräch Bundesministers Schäfers in Ostberlin - unbedingt begrüßt werden. Und es ist auch richtig, wenn sich verantwortliche Politiker aus beiden deutschen Teilstaaten in Diskussionen, auf welcher Ebene auch immer, stellen. Aus diesem Grunde auch haben wir den Volkskammerpräsidenten Dr. h. c. Dieckmann nach Marburg eingeladen.“

Wie aus den Darlegungen Horns zu erkennen ist, brühen sich in Westdeutschland unter der Studentenchaft, unter keineswegs DDR-freundlichen Kreisen Erkenntnisse Bahn, die den realen Gegebenheiten entsprechen, die sich deshalb mit unserem Standpunkt decken und die uns auf dem Weg zur Lösung der deutschen Frage vorantreiben.

Wir wissen, daß heute in Westdeutschland Mut dazu gehört, gegen die Demagogie der Adenauer-Regierung, gegen die repressiv-fundamentalistische Presse, gegen die antikommunistische kirchliche Front, gegen die mit unmittelbarer Gewalt eingreifende Staatmaschinerie der Bonner Militaristen solche Thesen zu vertreten.

Aber gerade diese Situation verlangt, die Analyse der politischen Gegebenheiten in Deutschland schärfer zu ziehen, verlangt den Mut, die historische Entwicklung so einzuschätzen, wie sie sich tatsächlich vollzogen hat, verlangt die Wertung der Ereignisse, damit nicht die richtigen Urteilen von Irrtümern und gar Illusionen überschattet, wenn nicht gar verschüttet werden.

Das beginnt bei Horn schon bei der Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Daß gerade diese Periode in der westdeutschen Zeitgeschichte in den Bereich der Besatzungsmächte abgeschoben wird, ist nicht zufällig. Man will mit dieser Version die Verantwortung der west-

deutschen Politiker für die Spaltung unseres Vaterlandes leugnen. Horn unterstützt diese Tendenz bzw. fällt ihr selbst zum Opfer und versperrt sich die klare Sicht für die Analyse dieses Abschnittes und die sich daraus ergebenden Aufgaben für die Gegenwart, wenn er „die Besatzungsmächte“ gleichwertig behandelt und schreibt: „Die Zentralverwaltungen in der Sowjetzone und die Wirtschaftsverbände in den Westzonen - Bizone und Trizone - waren der Beginn einer Entwicklung“, die zur Existenz zweier Staaten geführt hat. Es fällt leicht, hier den Gegenbeweis anzutreten, aber es kommt uns darauf im Moment nicht an. Warum stellt Horn nicht die Frage nach den gesellschaftlichen Kräften, die Deutschland und Europa in diesem Jahrhundert bereits zweimal in einen Weltkrieg gestürzt haben? Warum geht er nicht aus von den Aufgaben, die auf Grund dessen 1945 in Deutschland historisch zu lösen waren und beantwortet die Frage, wie sich die Besatzungsmächte und die deutschen Politiker gegenüber diesen Aufgaben verhalten haben?

Diese Methode der Analyse würde Horn vor dem Irrtum bewahren, die deutsche Frage unter dem Aspekt der Besatzungsmächte zu sehen und zu einer falschen Einschätzung des Charakters der beiden deutschen Staaten zu gelangen. Was soll die Behauptung, daß sich die Bundesrepublik „auf die allgemeine Zustimmung des Volkes berufen kann“, die DDR aber „eine durch staatliche Gewaltanwendung erzwingende Gesellschaftsordnung darstellt“?

Horn braucht sich doch nur der „Londoner Empfehlungen“ der Westmächte zu erinnern, um zu wissen, auf wessen Weisung die Bonner Gewaltregime entstanden ist. Und was die „allgemeine Zustimmung“ betrifft - glaubt Horn wirklich, daß sich die Arbeiter in Westdeutschland und alle anderen Bevölkerungsschichten wirklich ewig durch Wirtschaftswunder, antikommunistische, rechtssozialdemokratische Propaganda usw. täuschen lassen? Glaubte er wirklich, daß Notstandsgesetze, die die Militärdiktatur errichten sollen, daß die atomar bewaffnete Bundeswehr unter Führung der alten Revanchisten und Militaristen sich einer „allgemeinen Zustimmung“ erfreut?

Was anders als billigster Antikommunismus, der nichts, aber auch gar nichts mit Wissenschaftlichkeit zu tun hat, ist Horns Gerede von der „erzwingenden Gesellschaftsordnung“? Die Lebensfähigkeit des Sozialismus ist seit 1917 mehr als einmal von den todbenenden Mächten der alten Gesellschaftsordnung auf die Probe gestellt worden!

Oder hat er alles nur „sur Tarnung“ geschrieben?

Offensichtlich nicht nur, denn er spielt mit der Illusion, auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz eine „Liberalisierung des bürgerlichen Systems“ zu erreichen. Wir wissen nicht genau, was Horn unter „liberaler Demokratie“ versteht - die er zunächst in der Bundesrepublik selbst erlangen will. Aber wir wissen genau, daß das Rad der Geschichte heute, „in der Epoche der konsequenten Erneuerung der Existenzformen der menschlichen Gesellschaft“ erst recht nicht zurückzukehren ist, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht das Produkt philosophischer Spinnererei, sondern historische Notwendigkeit ist, und daß eben diese Gesellschaftsordnung gemeinsam mit den Werktätigen aller Länder die Erhaltung des Friedens garantiert.

Will Horn die Alternative Krieg oder Frieden in Deutschland zugunsten des Friedens entscheiden, muß er die Kräfte des Krieges und die Kräfte des Friedens klar erkennen und beim Namen nennen, muß er das Gespräch nicht „trois der bitteren Erfahrungen des 13. Januar“, sondern gerade wegen der bitteren Erfahrungen von Marburg führen. Die Entscheidung für oder gegen Deutschland ist die Entscheidung für oder gegen die Gewalttätigkeit der deutschen Militaristen und Revanchisten.

Veröffentlicht unter der Lizenznummer 22 B des Pressenetzes vom Ministerpräsidenten der DDR. - Erschienen wöchentlich, Anschritt der Redaktion: Leipzig C 1, Ritterstraße 38, Telefon 7131, Sekretariat App. 24, Bankkonto 20 209 bei der Buch- und Kreuzparkasse Leipzig. - Druck: LVZ - Druckerei „Alicemans“ Dürrenberg, Leipzig C 1, Peterssteinweg 19. - Die jungen nimmt jedes Postamt entgegen.